

## **Auftrag Heini Stärkung der Berufsbildung in Graubünden**

Stimato signor presidente del Gran Consiglio  
Stimati membri del Governo  
Stimate colleghe e stimati colleghi

Der Auftrag Heini betreffend Stärkung der Berufsbildung durfte mit 102 unterzeichnenden Grossrätinnen und Grossräte eine sehr breite und überparteiliche Unterstützung verzeichnen. Ich möchte mich an dieser Stelle für diese grossartige Unterstützung bedanken. Damit ist der politische Wille für die Stärkung der Berufsbildung klar zum Ausdruck gekommen ist.

Gemäss dem Bundesamt für Statistik ist der Kanton Graubünden schweizweit einer der am stärksten von Arbeitskräftemangel und Abwanderung betroffenen Kantone. Dies ist ein toxischer Mix für die Zukunft unseres Kantons als Wirtschaftsstandort und Arbeitsort. Wenn wir der Abwanderung entgegenwirken und die benötigten Fachkräfte ausbilden möchten und dadurch die wirtschaftliche Entwicklung im Kanton ermöglichen wollen, dann muss die Berufsbildung unbedingt wieder einen höheren Stellenwert einnehmen. Genau das ist das Ziel dieses Auftrags. Mit der Berufsbildung können wir zudem unseren Jugendlichen eine berufliche Perspektive bis in die Randregionen geben und gleichzeitig die Nachfolge für die Bündner Unternehmen sicherstellen.

Lassen Sie mich kurz auf die beiden Punkte des Auftrags und die Stellungnahme der Regierung eingehen.

Punkt 1 des Auftrags verlangt Massnahmen zur nachhaltigen Stärkung der Berufsbildung, die im Zuständigkeitsbereich des Kantons liegen. Im ersten Satz ihrer Antwort weist die Regierung darauf hin, dass die Berufsbildung national geregelt sei und Ziele und Massnahmen gesamtschweizerisch festgelegt seien. Diese Aussage ist nicht falsch. Nach meinem Empfinden suggeriert sie aber, dass diese eidgenössischen Vorgaben für den Kanton keinen Handlungsspielraum offenlassen. Das hingegen stimmt nicht. Unsere Aufgabe ist es nämlich, mit diesen nationalen Vorgaben bestmöglichst umzugehen, indem der vorhandene Handlungsspielraum bestmöglichst ausgenutzt wird. Nebenbei bemerkt ist dies nicht nur im Bereich der Berufsbildung wichtig. Pragmatismus und auch etwas Kreativität sind hier gefragt.

In der Berufsbildung gibt es zahlreiche Akteure und das System funktioniert nur, wenn alle am gleichen Strick ziehen. Auch das Amt für Berufsbildung ist ein sehr wichtiger Akteur - «Koordination und Steuerung im Berufsbildungsbereich», so steht es, unter anderem, auf der Webseite des Amts für Berufsbildung.

Wie Sie der Antwort der Regierung entnehmen konnten, wurden einige Massnahmen auch bereits umgesetzt. Dies ist erfreulich. Zu begrüssen ist ausserdem, dass die Definition eines Entwicklungsschwerpunkts im Regierungsprogramm 2025-2028 in Aussicht gestellt wird. Die Erwartung ist hier, dass konkrete Massnahmen definiert werden und deren Umsetzung terminiert wird.

Ich erlaube mir in diesem Zusammenhang zwei kurze, konkrete bildungspolitische Überlegungen zu äussern:

1. Die Führung von Unterbestandsklassen muss gemäss Verordnung über die Defizitfinanzierung der Berufsbildungsinstitutionen vom Amt für Berufsbildung bewilligt werden. Im Hinblick auf die Erhaltung einer dezentralen Beschulung, der Bekämpfung des Fachkräftemangels und der Förderung des Wirtschaftsstandorts Graubünden sind unsere Berufsschulen auf eine wohlwollende Behandlung dieser Gesuche durch das Amt angewiesen. Denn wenn es das Ziel ist – und so will es das übergeordnete politische Ziel zum Thema Bildung und Forschung - ein flächendeckendes und zukunftssträchtiges Berufsbildungsangebot sicherzustellen, dann braucht es eine wohlwollende Behandlung dieser Gesuche. Reine Zahlenentscheide, welche auf kurzfristigen wirtschaftlichen Überlegungen beruhen, bringen Graubünden nicht weiter und stehen in keinem Verhältnis zu den verheerenden wirtschaftspolitischen Konsequenzen. Denn durch die Aufhebung von Berufsbildern werden sich unsere Jugendlichen aufgrund fehlender Perspektiven anderen Berufswegen zuwenden und dies mit grosser Wahrscheinlichkeit ausserhalb des Kantons. Damit werden zukünftige qualifizierte Arbeitnehmende für immer verloren gehen. Dies hat massivste Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt und damit auf den Wirtschaftsstandort Graubünden sowie auf das lokale Gewerbe. Die Erfahrung zeigt nämlich, dass einmal verlorene Klassen oder sogar Berufsbilder nicht wieder zurückgeholt werden können. Entscheide über die Aufhebung von Unterbestandsklassen sind deshalb mit allergrösster Vorsicht zu treffen.
2. Die zweite bildungspolitische Überlegung basiert auf der Bestrebung einen Angebotszubau anstatt eines Angebotsabbaus zu erreichen. In Graubünden werden derzeit weniger als die Hälfte der Lehrberufe, welche in den rund 3000 Bündner Lehrbetrieben ausgebildet werden, auch im Kanton beschult. Diese Berufe, oder zumindest einen Teil davon, zurückzuholen, könnte eine Überlegung wert sein. Kürzere Ausbildungswege sind ganz klar im Sinne der Lernenden und der Lehrbetriebe und würden die Attraktivität dieser Lehrstellen deutlich erhöhen. Graubünden hat hier noch Potenzial. Gerade neue Lernformen könnten eine Chance sein.

Sie sehen, die Handlungsoptionen sind also zahlreich. Für eine Trendwende braucht es aber eine verbundpartnerschaftliche Zusammenarbeit und einen gemeinsamen Einsatz aller Akteure der Berufsbildung.

Eine kleine Bemerkung noch betreffend Erhaltung von bestehenden Berufsbildern: Hier braucht es nicht einmal zusätzliche finanzielle Mittel, denn es geht momentan um reine Besitzstandswahrung. Eine Besitzstandswahrung die für Graubündens Wirtschaft entscheidend sein kann - von Chur bis hin in die vielen Talschaften. Ich bin überzeugt, dass die geschätzte Regierung diesen Handlungsbedarf erkannt hat.

Und damit wäre ich beim Punkt 2 des Auftrags angelangt. Dieser verlangt eine entsprechende Finanzierung der künftigen Massnahmen von Punkt 1. Mit der Überweisung des Auftrags wird also die Regierung beauftragt, die Mittel bei Vorliegen der Massnahmen entsprechend einzuplanen. Die beiden Punkte des Auftrags gehören deshalb zusammen. Den Punkt 2 nicht zu unterstützen, würde meines Erachtens politisch ein falsches Signal aussenden und die Absicht dieses Auftrags stark abschwächen.

In diesem Sinne bitte ich Sie, geschätzte Grossratskolleginnen und geschätzte Grossratskollegen, überweisen Sie den Auftrag Heini zur Stärkung der Berufsbildung in der ursprünglichen Version. Engagieren wir uns für die Berufsbildung – Engagieren wir uns für die künftigen Generationen unseres Kantons.

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit und Unterstützung.  
Grazie mille per la vostra attenzione e il vostro sostegno.